Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer  Zeitung.

№ 172. Montag den 23. Juni 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 20. Juni, Abends 8 Uhr. In der Legislativen nichts von Bedeutung. Laboulie hat seinen Antrag auf Ferien für die Nationalversammlung zurückgezogen. — Die Kommission zur Prüfung des Munizipalrathes adoptirte mit 16 gegen 11 Stimmen den Bericht Vatimesnil's, in welchem bekanntlich ein Lob des Maiwahlgesetzes inbegriffen ist, was großes Aufsehen verursachte. — Im Revisions-Comité wird wahrscheinlich Odilon Barrot morgen als Berichterstatter gewählt werden. — Der Polizei-Präfekt Carlier ist von dem Repräsentanten Lemulier verklagt und in Folge dessen vor das Civiltribunal gefordert worden. Das Gerücht, daß Carlier abdanken werde, ist falsch.

London, 19. Juni, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Der König der Belgier ist in London eingetroffen.

Frankfurt a. M., 20. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 39⅞.

Paris, 20. Juni, Nachmittags 5 Uhr. 3proc. 55, 65. 5proc. 92, 70.

London, 19. Juni, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Consols 96½, ⅝.

Triest, 20. Juni. Die Fregatte Novara ist gestern aus Venedig hier eingelaufen.

Mailand, 18. Juni. Feldmarschall Radetzky ist im besten Wohlsein aus Verona in Monza eingetroffen, um daselbst seinen Sommeraufenthalt zu nehmen.

Turin, 17. Juni. Der Senat hat das Budget des Ministeriums des Innern mit 48 gegen 2 Stimmen angenommen. Der Munizipalrath hat eine Hundesteuer eingeführt. Die Gesellschaft, welche eine von Mortara nach der Lombardei führende Eisenbahn zu bauen beabsichtigt, hielt heute eine Versammlung.

Rom, 14. Juni. Laut eines vom Kardinal Antonelli veröffentlichten Ausweises befinden sich noch 3,710,000 Scudi Papiergeld im Umlaufe, welche vom 10. Juni angefangen, in 6 Serien eingetheilt und gegen Schatzscheine umgetauscht werden sollen.

Preußen.

Berlin, 27. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem königlich griechischen Gesandten am königlich baierischen Hofe, Skhinas, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern; dem Generalkonsul v. Wagner in Warschau den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kommissar der römischen Alterthümer, Kommandeur P. E. Visconti zu Rom, den rothen Adler-Orden dritter Klasse; so wie dem Stadt- und Kreisgerichts-Rath Seidel zu Danzig, dem Stabsarzt beim medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Institut, Dr. Westphal, und dem Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Mischalle zu Oppeln den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; den seitherigen Landrathsamts-Verweser Guido Herrmann August v. Skal zum Landrathe zu ernennen; und die Wahl des bisherigen Landschafts-Rathes v. Ramin auf Stolzenburg zum Direktor des vorpommerschen landschaftlichen Departements-Kollegiums für die nächsten 3 Jahre zu bestätigen.

Se. Hoheit der Erbprinz und Ihre königl. Hoheit die Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen sind nach Meiningen und Se. Durchlaucht der General-Feldmarschall Fürst Paskewitsch von Warschau ist nach Weimar abgereist.

Abgereist: Se. Excellenz der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Staatsminister Dr. v. Düesberg, nach Münster. Se. Excellenz der Ober-Burggraf des Königreichs Preußens, v. Brünneck, nach Trebnitz.

[Militär-Wochenblatt.] v. d. Goltz, Major vom 4. Inf.-Regt., z. Komdr. des 2ten Bat. 4. Ldw.-Regts. ernannt. v. Quednow, Hauptm. vom 1. Inf.-Regt., als Major ins 4te Inf.-Regt. versetzt. Zimmermann, Major vom 5. Inf.-Regt., zum Komdr. des 2. Bat. 10ten Ldw.-Regts., Gr. Wrschowetz-Sekerka v. Sedezicz, Rittm. vom 1. Garde-Ulanen- (Ldw.-) Regt., zum Major in der Adjut. und zum ersten persönl. Adjut. des Prinzen Karl von Preußen kgl. Hoheit, ernannt. v. Bülow, Hauptm. und Adj. der 14. Division, unter Beförderung zum Major im Generalstabe, zum Generalstabe des VIII. Armee-Corps versetzt. Petersen, Pr.-Lieut. vom 5 Inf.-Regt., dienstl. Adjut. der 1. Division, zur Dienstl. beim großen Generalstabe kommandirt. v. Luck, Sek.-Lieut. vom 10. Inf.-Regt., zum Pr. Lt., Bober, Hauptm. vom 19. Infanterie-Regt., zum Major, v. Wilamowitz, Pr.-Lt. von dems. Regt., zum Hauptm. u. Komp.-Chef, Hantelmann, Haack, Sek.-Lieuts. von dems. Regt., zu Pr.-Lts. ernannt. v. Kurowski, Hauptm. und Adjutant der 6. Division, ins 19. Inf.-Regt. einrangirt. v. Diezelski I., Pr.-Lt. vom 23. Inf.-Regt., zum Hauptm. und Komp.-Chef, Gr. Henckel v. Donnersmarck, Sek.-Lieut. von dems. Regt., zum Pr.-Lt. ernannt. Frhr. v. Bönigk, Major vom 18. Inf.-Regt., die Kommandirung desselben als Komdr. des 5. komb. Res.-Bats. genehmigt. Stern v. Gwiazdowski, Hauptm. à la Suite des 18. Inf.-Regts., unter Entbindung von dem Verhältniß als dienstl. Adjut. beim Gen.-Kommando des V. Armee-Korps, ins 18. Inf.-Regt. einrangirt. v. Kamecke, Hauptm. von dems. Regt., zum dienstl. Adjut. beim Gen.-Komdo. des V. Armee-Corps ernannt, und soll derselbe à la suite des Regts. geführt werden. v. Schrabisch, Pr.-Lt, vom 11. Inf.-Regt. zum Hauptm. und Komp.-Chef, v. Lippa, Sek.-Lt. von demselben Regt., zum Pr.-Lt. ernannt. v. Massow, Major und Komdr. des 2. Bats. 10. Regts., ins 5. Inf.-Regt. versetzt. Schedler, Rüstorff, Unteroff. vom 1. Bat. 10. Regts., zu Sek.-Lts. ernannt. Schreiber, Sek.-Lts. vom 3. Bat. 32., ins 1. Bat. 10. Regts., Gr. Pfeil, Sek.-Lt., zuletzt im 4. Drag.-Regt., bei der Kav. des 1. Bats. 11. Regts. einrangirt. Nürnberg, Unteroff. vom 1. Bat. 11. Regts. Cretius, v. Koschembahr, Unteroff. vom 2. Bat. 11. Regts., zu Sek.-Lts. ernannt. Freiherr v. Schleinitz, Sek.-Lt. vom 1. Bat. 10., ins 2. Bat. 11. Regts., Nöldchen, Sek.-Lt. vom 1sten Bat. 10., ins 3. Bat. 11. Regts. einrangirt. v. Wilcke, Sek.-Lt. (mit Pr.-Lts.-Char.) vom 3. Bat. 11. Regts., zum Pr.-Lt. und int. Eskadronführer, Trott, Major a. D., zuletzt im 2. Inf.-Regt., zum Führer des 2ten Aufgeb. vom 3. Bat. 11. Regts. ernannt. Schlegel, Sek.-Lieut. vom 3. Bat. 14., ins 1. Bat. 22. Regts. einrangirt. Zupitza, Major a. D., zuletzt im 2ten Bat. 22. Rgts., zum Führer des 2. Aufgeb. vom 3. Bat. dieses Regts., Biedermann, Pr.-Lt. vom 3. Bat. 23. Regts., zum Hauptm., Wiltscheck, Brunner, Giller, Snethlage, Kranzfelder, Vice-Feldwebel, Bieneck, Beer, v. Lagerström, v. Unruhe, Unteroff. von dems. Bat., zu Sec. Lts. ernannt. Gr. Matuschka, Sec. Lt. vom 2. Bat. 7., ins 2. Bat. 6. Regts. einrangirt. Schildt, Pr. Lt. vom 2. Bat. 7. Regts., zum int. Komp. Führer, Gaebel, Pr. Lt. (mit Hauptmanns-Char.) vom 3. Bat. 7. Regts., zum Hauptm. ernannt. v. Studnitz, Pr. Lt. vom 1. Bat. 11., als int. Komp. Führer ins 3. Bat. 7. Regts., Rappold, Sec. Lt. vom 1. Bat. 18., ins 2. Bat. 18. Regts., Boy, Sec. Lt. vom 1. Bat., ins 3. Bat. 18. Regts. einrangirt. v. Raszewski, v. Sulimierski, Vice-Feldw. vom 3. Bat. 19. Regts., zu Sec. Lts. ernannt. Loewe, Sec. Lt. vom 1. Bat. 11. Regts., v. Euen, Pr. Lt. a. D. (m. Hauptms. Char.), als Hauptm., Sarg, Sec. Lt. a. D., zuletzt Bezirks-Feldw. im 3. Bat. 12. Regts., als Sec. Lt. ins 3. Bat. 19. Regts. einrangirt, letztere beide beim 2. Aufgeb. Sontheim, Major à la suite der 1. Ing.-Insp., mit der Ing.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. u. Pension, v. Richthofen, P. Fähnr. vom 4. Huf. Regt., Kögel, Hauptm. vom 18. Inf. Regt., diesem als Major mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorg., u. Pension der Abschied bewilligt. Kujawa, P. Fähnr. vom 11. Inf. Regt., scheidet aus. Bei der Landwehr: Wendel, Hauptm. vom 1. Bat. 10. Regts., Schörner, Pr. Lt. vom 1. Bat. 22. Regts., beiden mit der Armee-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., König, Sec. Lt. vom 1. Bat. 23. Regts., Gr. Posadowsky, Sec. Lt. von der Garde-Ldw. Kavall. beim 2. Bat. 23. Regts., Schulz, Sec. Lt. vom 3. Bat. 23. Regts., diesem als Pr. Lt., der Abschied bewilligt.

Berlin, 21. Juni. [Kreis- und Provinzial-Vertretung.] Die specifischen Anstrengungen, das Publikum auf die neuen Erlasse vorzubereiten, glänzen nicht durch Uebereinstimmung in dem, was über die Motive vorgebracht wird. Man schreibt einem norddeutschen Blatte: „Die Regierung ist entschlossen, auf dem Wege, den sie durch die Einberufung der Kreistage eingeschlagen hat, mit Entschiedenheit voranzuschreiten. Vorläufig sind die Beschlüsse jener Kreisstände, welche wegen angeblicher Incompetenz die Vornahme der Wahlen für die Einschätzungskommissionen abgelehnt haben, cassirt und neue Kreistage ausgeschrieben worden, da man hofft, daß die durch falsche Darstellungen des Sachverhältnisses irre geleiteten Stände bei reiferer Erwägung von ihrer offenbar irrigen Auffassung zurückkommen werden." (S. unten Strehlen.) Die „Voss. Ztg." meldet: „Wie man vernimmt, ist in diesen Tagen in Betreff der Weigerung einiger Kreistage, die Wahlen zu dem Drittel der Einschätzungskommission, welches aus Mitgliedern der Kreisvertretung geschehen soll, vorzunehmen, eine allgemeine Verfügung an die Bezirksregierungen ergangen. Darnach sollen die Landräthe ermächtigt sein, im Falle wiederholt die Wahl abgelehnt wird, nach eigenem Ermessen aus der Kreisvertretung die erforderliche Anzahl von Mitgliedern zu wählen und dieselben zur Theilnahme an den Geschäften zur Einschätzungskommission einzuladen. Im Falle die Einberufenen nicht erscheinen oder die Theilnahme an den Geschäften der Einschätzungskommission verweigern sollten, ist dem Landrath, resp. dem besonders ernannten Kommissarius, die Befugniß ertheilt, die diesfälligen Geschäfte zu erledigen, und soll die betreffende Einladung an die erwählten resp. ernannten Mitglieder der Einschätzungskommission mit einer darauf bezüglichen Verwarnung versehen sein. Auch nach anderer Seite hin scheint die Regierung entschlossen, dem Widerstand, wo er sich zeigen sollte, entgegenzutreten und die Ausführung des Gesetzes zu sichern." — Dahin gehört auch die wiederholte ähnliche Mittheilung des C. Bl. aus Böhmen: „Die Nachrichten aus den Provinzen über den Widerstand, den die ministeriellen Erlasse über die Reactivirung der Kreis- und Provinzialstände hervorgerufen haben, mehren sich. Namentlich erweisen sich die im vorigen Jahre konstituirten interimistischen Kreiskommissionen der Ausführung der neuen ministeriellen Maßregeln sehr hinderlich; man überläßt ihnen wie bisher die Funktionen, die den Kreisständen übertragen werden sollten. Im Ministerium des Innern ist deshalb die Maßregel in Vorschlag gebracht worden: die Wirksamkeit der interimistischen Kreiskommissionen für aufgehoben zu erklären und die Geschäfte derselben einzig und allein den Kreistagen zu übergeben. Diese Maßregel würde die Wahl zwischen Kreiskommissionen und Kreistagen nicht mehr zulassen."

Die Warnungen zur Vorsicht, welche in der ministeriellen Presse an die Stände ergangen waren, sind noch nicht überall mit Erfolg gekrönt worden. In Worbis haben sich die Kreisstände am 6. d. M. mit Stimmenmehrheit als die allein zu Recht bestehende Vertretung des Kreises anerkannt und unter Votirung ihres Dankes an den Herrn Minister des Innern für ihre Wiedereinberufung, gegen jede anderweite Auffassung (also auch gegen die ministerielle, welche für's Erste das Intermistikum betont) protokollarisch mit Entschiedenheit protestirt. — Die Aachener Ztg. meldet: daß nun noch der Kreis Malmedy jede Wahl einer Einschätzungs-Kommission entschieden verweigert hat. In andern Kreisen haben mehre der einberufenen Mitglieder zu erscheinen abgelehnt, während in Jülich, Erkelenz, Geilenkirchen, Düren, die

Wahl zwar vorgenommen worden, Einzelne der Anwesenden jedoch die Kompetenz bestritten haben.

Gegen die schon gemeldete Reaktivirung des verschollenen Kreistages zu **Köslin** soll, der „Ostseezeitung" zufolge, der Polizei-Diriktor **Braun** protestirt haben.

In **Marienwerder** ist der Kreistag **nicht** auf die Restitution dieses vormärzlichen Instituts eingegangen, sondern hat mit 19 gegen 9 Stimmen beschlossen, den Kreis auch fernerhin durch die Kreiskommission vertreten zu lassen.

In **Tilsit** hat der Kreistag Mühe aus dem Grabe zu erstehen. Man schreibt von dort, den 15., der „Königsb. Hart. Ztg.": Der Ministerialerlaß wegen peremtorischer Einsetzung des ehemaligen Kreistages ist auch in hiesigem Kreise nicht unbeachtet vorübergegangen. Die gegenwärtigen Kreisdeputirten haben deshalb berathende Versammlungen gehalten, ebenso heute der Magistrat und die Stadtverordneten Tilsits; zum 18. d. M. ist der Kreistag in dieser Angelegenheit hier zusammenberufen.

**** Strehlen**, 21. Juni. Auf dem zweiten hier gestern abgehaltenen Kreistage ist durch den königl. Landrath die Entscheidung des Ministers des Innern publizirt worden, wodurch der Beschluß des früheren Kreistages vom 30. v. M., „für Beibehaltung der bestehenden interimistischen Kreisvertretung," weil er **nicht mit Stimmeneinhelligkeit** gefaßt wäre, für **ungültig**, und der Kreistag, ohne Zulassung irgend einer Debatte darüber, als konstituirt erklärt wurde. — Hiergegen legten sieben Rittergutsbesitzer, sowie die Abgeordneten der Stadt Strehlen und der Landgemeinden **Protest** ein, verwahrten ihre Rechte gegen alle etwa zu fassenden Beschlüsse des verfassungswidrig konstituirten Kreistages, welche sie nicht als rechtsgiltig und verbindlich ansehen konnten, und schieden aus dem Kreistage aus.

*** Grottkau**, 20. Juni. Auf dem heute hier abgehaltenen Kreistage waren 20 Rittergutsbesitzer, 2 Abgeordnete der Städte und 2 der Landgemeinden erschienen. Bei der Abstimmung stimmten von den Anwesenden 10 Rittergutsbesitzer und die 4 Abgeordneten der Städte und Landgemeinden **für**, die übrigen 10 Rittergutsbesitzer **gegen** die Beibehaltung der bestehenden interimistischen Kreisvertretung. Zu den letzten 10 Stimmen wurden aber 4 schriftlich eingeschickte Vota von Rittergutsbesitzern zugezählt; und da dieses noch nicht ausreichte, so trat der Landrath mit seiner Stimme hinzu, und entschied so **für** die Wiedereinführung des alten Kreistages. Mehrere Rittergutsbesitzer und die Deputirten der Landgemeinden protestirten hierauf und schieden aus. Nach dem Ministerial-Reskript vom 15. Mai d. J., dem Regulativ vom 3. Juni 1850 und der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März 1850 (insbesondere Art. 18), welche ausdrücklich durch das erstere als maßgebend für die Geschäftsführung des reviviscirten Kreistages festgesetzt sind, dürfen aber **nur** die Anwesenden stimmen, hat der Landrath nur Stimmrecht, wenn er zugleich gewähltes Mitglied der Kreisvertretung ist, und ist ein Antrag bei Stimmengleichheit abgelehnt. — Dies ist nicht beachtet worden.

[Die deutschen Bundesverhältnisse und die Stellung Dänemarks zu Deutschland.] Bisher versuchte man in Abrede zu stellen, daß der **Bundestag** einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung der Einzelstaaten ausüben werde. Die „B. Z." giebt heute bereits zu, daß allgemeine Normen aufgestellt werden sollen, nach welchen die **Preßgesetze** sämmtlicher Bundesstaaten sich in ihren Grundzügen zu richten hätten. Dieselben dürften jedoch namentlich eine Modifikation der Preßgesetzgebung der kleinen Staaten betreffen, da man die in den größern deutschen Staaten bestehenden Bestimmungen für genügend erachtet. Außerdem soll noch beabsichtigt werden, durch die zu treffenden Bestimmungen eine Reziprozität und Gegenseitigkeit sämmtlicher deutschen Bundesstaaten in Betreff der Bestrafung der Preß-Uebertretungen herbeizuführen, um dadurch eine etwanige Umgehung des heimischen Preßgesetzes Seitens der Schriftsteller zu verhindern, und zwar in der Weise, daß die gerichtliche Verfolgung eines Schriftstellers auch dann gesichert wäre, wenn eine als strafbar erkannte Preß-Uebertretung von ihm nicht in seinem engern Vaterlande, sondern in einem andern deutschen Bundesstaate begangen worden.

Der D. A. Z. wird aus **München** geschrieben: „Es sollen, wie man behauptet, in sämmtlichen deutschen Staaten die Truppen nicht mehr auf deren respektive Verfassungen beeidet, ferner die Schwurgerichte auf die Abwandelung gemeiner Verbrechen, mit Ausschluß der Preßprozesse, beschränkt, die Bürgerwehren und Nationalgarden abgeschafft werden, und die Bundesversammlung für sich die Befugniß in Anspruch nehmen, mißliebigen Blättern den Postdebit zu entziehen.

Demselben Blatte wird aus **Hamburg** unter dem 17ten geschrieben: Seitens unsers Bundestagsgesandten, des Syndikus Banks, ist bei der Bundesversammlung ein Protest unsers Senats eingereicht worden, welcher gegen die Besetzung St. Pauli's mit 1800 Mann österreichischer Truppen aller Waffengattungen in zwangsweiser Form und ohne Genehmigung des Senats protestirt. Es ist gleichzeitig der Bundesversammlung eine aktenmäßige Darstellung jener Ereignisse vorgetragen worden. Ob die hiesigen Vertreter an den Höfen zu Wien und Berlin Abschriften jenes Protestes zugestellt erhalten haben, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen, doch scheint solches mehr als wahrscheinlich zu sein.

Nach der B. Z. wäre die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt der **dänischen Minister Madwig** und **Claussen** allerdings wahrscheinlich, indessen würde man im Irrthum sein, wenn man aus der Beseitigung des demokratischen Regiments in Dänemark auch auf eine prinzipielle Aenderung in der Stellung Dänemarks zu Deutschland schließen wollte; die Gesammtstaatsidee habe nach wie vor die Billigung Rußlands, und man wolle bestimmt wissen, daß der dänische Finanzminister Graf v. Sponneck, von dem der Entwurf zur Ausführung der Gesammtstaatsidee ausgegangen, in das neue Kabinet treten werde.

Berlin, 21. Juni. [Hof- und Personal-Nachrichten.] Gestern hatten Se. Maj. der König die Gnade, das **Diner**, welches Se. Excell. der General der Kavalerie, v. **Wrangel**, zu Ehren Sr. Durchlaucht des Feldmarschalls Fürsten von Warschau, Grafen Paskewitsch von Eriwan, gaben, mit Allerhöchstihrem Besuch zu beehren, Allerhöchstselbst einen Toast auf den durchlauchtigsten Ehrengast Sr. Excellenz auszubringen. Auch JJ. kk. HH. der Prinz von Preußen, Prinz Karl, Prinz Albrecht und Prinz Friedrich Karl wohnten dem Diner bei. Nach dem Diner begaben die allerhöchsten und höchsten Herrschaften allerhöchst- und höchstsich zu dem Wettrennen auf der Tempelhofer Feldmark.

Heute Abend 9¼ Uhr wird Se. k. H. der Großherzog von Hessen und bei Rhein nebst hohem Gefolge auf der anhaltischen Eisenbahn erwartet. Se. k. H. werden im königlichen Schlosse absteigen.

Se. k. H. der Prinz **Adalbert** von Baiern, Bruder Sr. Maj. des regierenden Königs Max von Baiern, traf gestern auf der Durchreise incognito, unter dem Namen eines Grafen von Taxis, von Dessau kommend, hier ein.

Se. Durchl. der Fürst von Warschau begaben sich mit den sämmtlichen in Ihrer Begleitung befindlichen russischen Offizieren gestern Abend vermittelst des niederschlesisch-märkischen Bahnzuges nach Warschau zurück, nachdem dieselben noch an einer Gesellschaft bei dem russischen Geschäftsträger, Baron v. Budberg, Theil genommen hatten.

Heute Vormittag 11 Uhr trat der Ministerrath zu einer Berathung zusammen, die vornehmlich der Kasseler Angelegenheit gegolten haben dürfte. Der Kriegsminister wohnte dieser Sitzung wieder bei.

Der Kriegsminister, General v. **Stockhausen**, hat die aus Gesundheitsrücksichten nachgesuchte Entlassung aus dem Ministerium von Sr. Maj. dem Könige **nicht** erhalten. Dagegen haben Se. Maj. dem Herrn Kriegsminister einen zweimonatlichen Urlaub zu bewilligeu geruht, den Herr v. Stockhausen, wie wir hören, in Kösen zubringen wird.

Der diesseitige Kommissarius in Kassel, Minister a. D. **Uhden**, ist vorgestern Abend von Kassel hier eingetroffen und hatte gestern und heute Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten. Da es sich zur Zeit um den Erlaß gewisser **organischer Gesetze** im Kurfürstenthum Hessen handelt, so dürften wir nicht irren, wenn wir annehmen, daß Herr Uhden hierher gekommen ist, um die für diesen Fall den Kommissarien vom Bundestage zugegangenen Instruktionen zu besprechen. (N. Pr. Z.)

An die Stelle des Justizministers **Mühler**, der kürzlich sein fünfzigjähriges Dienst-Jubiläum gefeiert hat, und der sein Amt als Chefpräsident des Obertribunals noch im Laufe dieses Jahres niederlegen wird, soll Herr **Uhden** bestimmt sein. Die definitive Bestimmung hierüber wird vermuthlich nicht eher getroffen werden, als bis die Mission des Herrn Uhden in Kassel beendet ist. Derselbe war bekanntlich schon früher einmal Mützler's Nachfolger, als dieser von der Leitung der Justizverwaltung zurücktrat. Er wurde im September 1844 an Mühler's Stelle zum Justizminister ernannt und bekleidete dieses Amt bis zum März 1848, wo er durch Bornemann ersetzt wurde. Im Dezember 1849 wurde er zum ersten Präsidenten des Appellationsgerichts zu Breslau ernannt.

Ueber die angebliche „Berufung" des Professor **Haupt** in Leipzig an Lachmann's Stelle treten in den Zeitungen Nachrichten mit größerer Bestimmtheit auf, als die Sachlage zuläßt. Bisher war, wie uns bestimmt versichert wird, von einem definitiven Vorschlage des Professors Haupt Seitens der Fakultät noch nicht die Rede. Daß auf ihn sowohl die Fakultät als auch die Unterrichtsbehörde gerücksichtigt haben, und daß die letztere hiervon Veranlassung genommen hat, über die politischen Antecedentien dieses Gelehrten genaue Kunde einzuziehen, ist allerdings richtig. (C. B.)

Berlin, 21. Juni. [Zur Tages-Chronik.] Bei einer Kontrolversammlung der hiesigen Landwehrleute vor ihren Bezirks-Feldwebeln, soll denen, die in Schleswig-Holstein gedient haben, bei Androhung von Strafe verboten worden sein, das im Jahre 1848 von der schleswig-holsteinschen Regierung ihren Truppen ertheilte Gedenkkreuz anzulegen. (N. Z.)

Gegenwärtig zirkulirt hier eine Adresse an den Minister-Präsidenten: Bei Sr. Maj. dem Könige die **Wiederaufhebung der Salzsteuer-Befreiung** zu beantragen, da die Absicht des Königs, durch diese Befreiung namentlich den unteren Klassen eine Erleichterung zu verschaffen, unerreicht geblieben und gerade nur den Wohlhabenden — namentlich den reichen Gutsbesitzern und großen Salzkonsumenten — zu Gute gekommen, ohne daß die Produkte dadurch wohlfeiler geworden. In der Adresse wird vorgeschlagen: die dadurch herbeigeführte Mehreinnahme der Staatskasse (jährlich ca. 2 Millionen) in der Art den arbeitenden Klassen zuzuwenden, daß sie alljährlich einer Provinz des Staates zu dem Zwecke überwiesen werde: dadurch dem Arbeitsmangel abzuhelfen und eine Verbesserung der Lage der unteren Schichten der Gesellschaft herbeizuführen. (U. Z.)

Vor einigen Wochen besprachen öffentliche Blätter die Verhaftung eines Dr. **Jakobi**. Dieselbe sollte im Zusammenhang stehen mit den gleichzeitig in Leipzig, Dresden und Köln stattgehabten Haussuchungen und mit der Inhaftirung des Dr. Bürgers und Becker. Auch die hier vorgenommenen Haussuchungen sollen darauf Bezug gehabt haben. Man hat jedoch dem Vernehmen nach so wenig aufrührerische Schriften, als sonstige Papiere, die eine propagandistische Verbindung dokumentiren, gefunden. Dagegen ist der hier gefangen gehaltene Dr. Jakobi gestern von hier nach dem Rhein, angeblich nach Köln transportirt worden, wahrscheinlich um mit Becker und Bürgers, welches Letzteren Auslieferung von Sachsen zu erwarten steht, konfrontirt zu werden. (N. Z.)

Bekanntlich wurde noch kurz vor Schluß der letzten Kammersession die hauptsächlich durch den Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen neuerdings in Anregung gebrachte **Sparkassenfrage** von einer Kommission der zweiten Kammer der Berathung unterzogen. Der Gegenstand wurde mit großer Lebhaftigkeit erfaßt und führte zu einer Reihe von Anträgen, die vermuthlich in der nächsten Session ins Leben treten werden. Einer der bemerkenswerthesten war der: für alle Staatsbürger die Verpflichtung auszusprechen, sich bei irgend einem Sparkassen-Institut bis zu einem gewissen Betrage zu betheiligen, über welchen in Nothfällen zu disponiren ihm nur mit Zustimmung des Gemeindevorstandes oder seines Brotherrn oder Arbeitgebers gestattet sein soll; nicht minder auch allen Brotherren oder Arbeitgebern die Verpflichtung aufzuerlegen, die von ihnen beschäftigten Arbeiter, Dienstboten ꝛc. zwangsweise zur Betheiligung bei irgend einer Sparkasse anzuhalten. Hoffentlich wird man diesem Antrage, wenn er zur Erwägung gelangen sollte, diejenige Beachtung nicht entziehen, auf die er ohne Zweifel einen Anspruch hat, obschon der sozialistische Beigeschmack, der ihm nicht ganz fremd ist, geeignet sein könnte, besorgte und ängstliche Gemüther zurückzuschrecken. Zur Begründung wurde mit Recht angeführt, daß, wenn der Staat jeden Staatsbürger zwinge, sich durch Schulbesuch ein intellektuelles und moralisches Kapital zu erwerben, kein Grund vorliege, diesen Zwang nicht auch auf die Erwerbung eines materiellen Kapitals auszudehnen, und daß eben so in Innungsstatuten, so wie in den gesetzlichen Regulativen für die Beamten und Offiziere ein Zwang zum Eintritt in Kranken- und Sterbekassen, in Pensions- und Wittwenunterstützungskassen und dergl. gleichfalls gesetzlich ausgesprochen sei. (C. B.)

Königsberg, 19. Juni. [Die Bestätigung der Neuwahl] des Bürgermeisters **Sperling** und des Syndikus v. **Facius** ist von der königl. Regierung insofern **nicht** erfolgt, als wie wir hören, erst die Einführung der neuen Gemeindeordnung abgewartet werden soll. (Pr. Z.)

Wesel, 18. Juni. [Wie die hiesigen Behörden den wiedererweckenden Kreistagen gegenüber verfahren.] In der Sitzung des hiesigen Gemeinde-Vorstandes vom 16. d. wurde von drei Mitgliedern, denen sich später auch die anderen drei einhellig anschlossen, der Antrag überreicht: Der Gemeindevorstand wolle beschließen: In Erwägung, daß die verlangte Thätigkeit des Gemeindevorstandes lediglich zum Behufe derjenigen Einschätzungskommission in Anspruch genommen wird, die er als gesetzlich konstituirt nicht anzuerkennen vermag, eine Folgeleistung aber als Konnivenz bei Ausführung solcher Handlungen, die er für illegal und verfassungswidrig erachtet, sich darstellen würde, glaubt der Gemeindevorstand es mit seinem auf die Verfassung geleisteten Eide nicht vereinbaren zu können, wenn er sich, ehe und bevor entweder den Bestimmungen der §§ 21 und 24 des Gesetzes vom 1. Mai genügt, oder an deren Stelle anderweite Anordnungen in gesetzlicher Weise getroffen worden, eine Mitwirkung an dem Steuer-Veranlagungsgeschäft erlaubt, und lehnt demgemäß zur Zeit jede diesfällige Thä-

tigkeit ab." Der Ober-Bürgermeister erhielt sofort, nachdem das Protokoll der Sitzung dem Landrathe von Bernuth vorgelegt worden war, von demselben den ausdrücklichen schriftlichen Befehl, „das Veranlagungsgeschäft dennoch, ohne die Mitwirkung des Schöffen-Kollegii, persönlich vorzunehmen", was denn auch geschah. (Köln. Z.)

Koblenz, 20. Juni. [Haussuchung.] Vorgestern fanden hier bei mehreren jungen Leuten (Turnern) Haussuchungen statt, welche, so viel man weiß, nur einen politischen Grund hatten und, wie verlautet, ohne Resultat geblieben sind. (Kobl. Z.)

Crefeld, 18. Juni. [Haussuchung.] Heute wurde in Folge einer Verfügung des Herrn Ministers des Innern, wonach die Polizei-Behörden der Rheinprovinz angewiesen werden, in allen Turn-Vereinen, so wie bei deren Vorständen und hervorragenden Mitgliedern Haussuchung zu halten, solche auch bei den hiesigen Vorstehern vorgenommen. (Köln. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 18. Juni. [Den Bundestag betreffend.] Dem Vernehmen nach ist FML. v. Schmerling nunmehr definitiv zum Präsidenten der Bundes-Militärkommission ernannt worden. — Der von dem Feldmarschall-Lieutenant Frhrn. v. Heß in Olmütz vorgelegte Plan zur Deckung der Westgrenze, verbunden mit einer doppelten Besatzung der Bundesfestungen, soll bereits in der Militärkommission und im Bundestage zur Sprache gekommen sein, und Billigung gefunden haben. Wir haben in dieser Richtung allernächstens von hier aus Beschlüsse zu erwarten, denn die Berathungen über die neue Militärorganisation sind bereits vorgerückt, und fast täglich konferirt der Vorsitzende der Militärkommission mit dem Bundestage. Die Verstärkung der Besatzung der Bundesfestungen und die Anstellung eines Korps von 10,000 Mann in und um Frankfurt, dürften schon in dem nächsten Monat realisirt werden. Zu letzterer Aufstellung sollen die kurhessischen Exekutionstruppen, welche Kurhessen mit Anfang des nächsten Monats verlassen, verwendet werden. — Auch die zur Erhaltung der deutschen Flotte ausgeschriebenen matrikularmäßigen Beiträge gehen, wie man jetzt erfährt, nunmehr besser als bisher ein. — In militärischen Kreisen heißt es, daß der in Kassel als Bundescivilkommissär weilende österreichische F.-M.-L. Graf v. Leiningen wieder den Oberbefehl über die hier garnisonirenden Truppen übernehmen werde, natürlich, wenn seine Mission beendet ist. — In dem Dorfe Nied bei Höchst haben preuß. Soldaten bedeutende Exzesse verübt, die einem Menschen das Leben kosten werden. Die Bauern haben sämmtliche Excedenten nach Höchst eingeliefert. — Frhr. Karl. M. v. Rothschild, Chef des Bankhauses zu Neapel, wird demnächst nach Frankfurt kommen, wohin er, nebst Familie, überzusiedeln gedenkt, um sein Leben in der Vaterstadt zu beschließen. (Nat. Z.)

Frankfurt, 19. Juni. [Militär-Kommission. — Notizen.] Die unter dem Vorsitz des österreichischen General v. Schmerling wieder in ihre früheren Funktionen eingetretene Bundes-Militär-Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: für Preußen Oberst Graf v. Waldersee, für Baiern Oberstlieutenant v. Liel, für Würtemberg General Faber-Dufour, für Sachsen Oberstlieutenant Spiegel, für Hannover Oberst-Lieutenant Bennigsen, für Kurhessen Oberst-Lieutenant v. Kochenhausen. Diese technische Kommission hat die Aufgabe eine genaue Kontrole über den Stand aller Kontingente des Bundesheeres zu führen, die Bundesfestungen zu beaufsichtigen und in denselben die fortifikatorischen Arbeiten zu leiten — kurz den ganzen Militär-Etat des deutschen Bundes zu verwalten. — In der Flotten-Angelegenheit ist der hannoversche Bundestagsgesandte Herr v. Scheele zum Referenten gewählt. Wahrscheinlich wird am Sonnabend wieder eine Sitzung sein. — Dieser Tage kamen 240 Zentner Silber mit der Taunuseisenbahn an und wurden nach Wien weiter spedirt. (N. Pr. Z.)

C. B. [Die deutsche Flotte soll fortbestehen und der Bundes-Militär-Kommission untergordnet werden.] Es ist bekannt, daß in Frankfurt ein von der Bundesversammlung niedergesetzter Ausschuß sich mit der deutschen Flotten-Angelegenheit beschäftigt. Wir haben mitgetheilt, daß Preußen sich für das Fortbestehen der deutschen Flotte erklärt hat. Die meisten deutschen Regierungen, namentlich auch Oesterreich, sind ebenfalls der Ansicht, daß es nicht rathsam sei, ein so nationales und erforderliches Institut wie das einer deutschen Flotte gänzlich aufzugeben. So ist denn die Fortbildung der deutschen Marine, wenn auch in eingeschränktem Maaße, als gewiß anzunehmen. — Wie wir hören, wäre es nun aber auch auf keiner Seite Absicht, die deutsche Flotte für die Folge unter die besondern Befehle einer deutschen Macht, sei diese Preußen oder Oesterreich, — gleichviel, zu stellen. Man ist vielmehr der Ansicht, daß das Kommando der deutschen Flotte zunächst der Bundes-Militär-Kommission mit ihrer Marine-Abtheilung unterzuordnen sei. Würde bei einer Reorganisation der Bundesbehörden auch an die Stelle der jetzigen Bundes-Militär-Kommission eine neue Behörde treten, so würde diese selbstverständlich, auch die Flottenangelegenheiten mit übernehmen.

Eine andere mehr Schwierigkeiten verursachende Frage möchte die wegen der Eintreibung der rückständigen Flottenbeiträge und wegen Regulirung der andererseits gemachten Vorschüsse sein. Es haben bekanntlich mehrere größere Staaten gar keine Beiträge zur deutschen Flotte geleistet, andere sind sehr bald mit ihren Zahlungen im Rückstande geblieben. Ja selbst Preußen, durch dessen Geld die deutsche Flotte größtentheils angeschafft und erhalten worden ist, hat selbst eben wegen der geringen Theilnahme der andern deutschen Staaten, schon 1849 die volle Rate von 1,806,499 Thlr. nicht nach Frankfurt eingezahlt, dieselbe vielmehr direkt zum Bau von Schiffen zur Vertheidigung der Ostseehäfen, welche völlig schutzlos während des Krieges mit Dänemark waren, verwandt. Die preußische Verwaltung hielt sich bei ihren maritimen Einrichtungen an den von der technischen Reichs-Marine-Kommission aufgestellten Organisationsplan, indem sie bei der Centralgewalt die Erklärung abgab, daß sie sich vorbehalte, im Falle die Errichtung einer deutschen Marine Fortgang fände, die so gebildete preußische Marine statt der Baarzahlung in jene übergehen zu lassen. — Auch dieser Vorbehalt wird jetzt im Frankfurter Ausschusse zur Sprache kommen.

Schloß Johannisberg, 18. Juni. Ihre königl. Hoheit die Frau Herzogin von Cambridge ist heute Mittag zum Besuche bei Sr. Durchlaucht dem Fürsten Metternich hier eingetroffen; auch Ihre königl. Hoheit die verwittwete Herzogin von Nassau ist zum Besuch hier angekommen. Fürst Metternich wird einige Monate auf Schloß Johannisberg zubringen. (O. P. A. Z.)

Stuttgart, 18. Juni. [In der heutigen Sitzung] der Kammer der Abgeordneten wurden mit 69 gegen 15 Stimmen nach dem Ansinnen der Regierung die Steuern abermals, auf die 4 nächsten Monate, provisorisch verlängert. Auf Rotters Antrag drückte der größere Theil der Kammermitglieder durch Erhebung von den Sitzen seine Sympathie für den schleswig-holsteinischen und den kurhessischen Volks-Stamm aus.

Nürnberg, 17. Juni. [Haussuchung.] Gestern fand in der Wohnung des Redakteurs des „Fränkischen Kuriers", Herrn L. Jegel dahier, eine fünfstündige Haussuchung statt, nach Angabe der die Durchsuchung leitenden Beamten, Aktuar Röder und Stadtkommissariats-Offiziant Rang, auf Requisition einer auswärtigen Behörde. Es waren zu dem Zweck sehr umfassende Polizeikräfte aufgeboten, indem außer den Genannten noch 5 Polizeidiener behülflich waren. Kompromittirende Schriften sollen nicht vorgefunden worden sein, dagegen wurde eine große Anzahl Bücher, wie die Werke von Ruge, Proudhon, Broschüren verschiedenen Inhalts rc., saisirt. — Am gestrigen Nachmittage wurde der hiesige Arbeiter Weger verhaftet. (Nürnb. C.)

Kassel, 20. Juni. [Die Räumung Kurhessens von den Bundestruppen.] Seit längerer Zeit ist wiederholt im Schooße des Gesammt-Staatsministeriums die Frage zur Erörterung gezogen, ob es nicht rathsam erscheine, um der immer mehr um sich greifenden Verarmung und Entsittlichung des Volks, so wie den stets wiederkehrenden Konflikten zwischen den Bewohnern Kurhessens und den östert. und baier. Truppen endlich vorzubeugen, das Land nunmehr von dem Militär räumen zu lassen. Man glaubt, daß auch in der letzten Ministerrathssitzung diese Angelegenheit wiederum zur Sprache gebracht worden ist, und findet eine Begründung dieser Ansicht in dem Umstande, daß Graf Leiningen um dieselbe Zeit allein auf Wilhelmshöhe bemerkt wurde. Trotzdem aber der Graf Leiningen den Abzug der Bundestruppen persönlich wünscht, und ungeachtet sich die Nothwendigkeit einer Zurückziehung derselben mit jedem Tage dringender herausstellt, soll die Regierung dennoch und zwar aus Mangel an Selbstvertrauen bis jetzt noch nicht zu einem solchen Schritte sich geneigt fühlen. Auf die wiederholten Bitten des hiesigen Stadtraths um Erleichterung der Einquartierungslasten hat Hassenpflug vielmehr zur Antwort gegeben: „daß die vorgetragenen Bitten sich so wenig zur Erörterung als zur Gewährung eigneten." Vielmehr habe man sich lediglich an die Thatsache zu halten, daß die Stadt mit Bundestruppen belegt und zu deren Verpflegung verbunden sei. — Der Eisenbahnunternehmer Herr Manché soll der Regierung 400,000 Rthlr. auf ein Faustpfand von 500,000 Rthlr. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Prioritätsaktien vorgeschossen haben. (Pr. Z.)

Dresden, 20. Juni. [Kommunalgarde.] Die Frage, ob eine Reorganisation der Dresdener Kommmunalgarde nach dem neuesten Gesetz erfolgen oder von diesem Institut gänzlich abgesehen und dafür die Polizeimannschaft vermehrt werden solle, ist in der gestrigen Stadtverordnetensitzung im ersteren Sinne entschieden worden. Die Partei der „Freimüthigen Sachsenzeitung", welcher es unter allen Umständen ein Gräuel ist, wenn außer dem Militär auch noch die Bürger Waffen tragen können, hatte gegen den Bestand der Kommunalgarde eifrigst agitirt. (N. Z.)

Altona, 20. Juni. [Haussuchung.] Heute Morgen erlebten wir hier die erste Haussuchung, indem um 8 Uhr der Polizeidiener B. nebst zwei Begleitern bei dem noch in Morpheus Armen ruhenden Herrn J. Bartels, dem Sohne eines hiesigen Schiffszimmermanns und Schänkwirths, erschien, dessen Papiere versiegelte und mit sich aufs Polizei-Büreau nahm, wohin auch zugleich der Eigner derselben beschieden wurde. Dort erfuhr er, daß die Belästigung auf Requisition der Leipziger Polizei geschehen sei, weil sich bei drei dort Kompromittirten, nämlich Ganglof (bekannt durch den „Prometheus"), Nothjung und Zänker, seine Adresse vorgefunden habe. Die Papiere des Herrn B. wurden entsiegelt, es fanden sich jedoch keine kompromittirende, weshalb sie ihm zurückgegeben wurden. Das Protokoll der früher mit der Hamburger deutsch-katholischen Gemeinde verbundenen, nunmehr aufgelösten hiesigen freien Gemeinde, deren Protokollführer Herr B. in der letzten Zeit war, wurde inzwischen zurückbehalten. (H. C.)

Oesterreich.

8 **Wien**, 19. Juni. [Der Staatsminister Graf Stadion] ist hier angekommen und hat inzwischen eine kleine Wohnung im dritten Stockwerk eines Hauses am Donaukai in der Jägerzeile bezogen, bis das Prachtgeschoß desselben vollständig hergerichtet sein wird; der Gesundheitszustand des Grafen läßt noch viel zu wünschen übrig und scheint die Wasserkur in Gräfenberg diesmal ihre Wunderkraft nicht erprobt zu haben. Wir haben zwar den Zustand nicht gekannt, in dem dieser Staatsmann im Sommer 1849 nach Gräfenberg kam, allein der jetzige ist nach Verlauf einer so langwierigen Kur noch immer traurig genug, denn der Kranke hat den Gebrauch der Zunge fast ganz verloren und kann nur höchst selten zum Sprechen bewogen werden, auch starrt er oft stundenlang in die Luft, ohne ein Zeichen geistiger Sammlung von sich zu geben und hat blos deshalb diese Gasse gewählt, um den monotonen Anblick des vorüberziehenden Stromes zu haben, in dessen Wellen das verglas'te Auge ruht. Gegenwärtig befindet sich der Patient in der Behandlung des Magnetiseurs Dr. Schoder.

L. N. **Wien**, 21. Juni. [Tagesbericht.] Das Gerücht, daß der Minister des Innern, Dr. Bach, Se. Majestät den Kaiser auf seiner nahe bevorstehenden Reise nach Galizien begleiten werde, gewinnt an Konsistenz. Dasjenige einer weiteren Ministerialveränderung hat sich hingegen gänzlich verloren. — Man will den Kaiser bereits am 28. d. M. in Lemberg, das sich zum Empfang rüstet, erwarten. 40,000 Mann Truppen sollen in der Ebene von Lemberg bis Grodeck und Janon zum Behuf eines großartigen Manövers zusammengezogen werden. — Große Störungen führt das noch immer über Ungarn verhängte Moratorium herbei; es wurde nämlich dasselbe unterm 29. Oktober 1849 über alle aus den Avicitätsverhältnissen entspringenden Rechtssachen verhängt, und alle, die Verpfändung adliger Güter betreffenden Prozesse wurden bis auf eine noch immer erwartete Verfügung einem Gerichtsstillstand unterzogen. Da nun während der Dauer desselben auch keine neuen Prozesse anhängig gemacht werden können, so sind ganze Klassen hierdurch in eine peinliche Lage versetzt. Berechtigte Gutsbesitzer können nicht zum Weiterbesitz ihrer durch Verpfändung exekutirten Güter gelangen, während ältere Hypothekargläubiger sich der nach dem 11. April 1848 erwachsenen nachgesetzt sehen, da für später entstandene Schuldforderungen das Moratorium nicht besteht. Ingleichen verhindert die noch nicht erfolgte Lösung der Avitikalangelegenheit, daß die Grundentlastung ihren geregelten Gang fortgehe, und die zur Urbarialentschädigung Berechtigten zur Liquidirung ihrer Forderungen gelangen. Kauf und Verkauf von Gütern erscheinen dadurch vielfach gehemmt, und die Richter sehen sich in ihren Aussprüchen auf mannigfaltige Weise beirrt. — Man bemerkt, daß die Aufsätze des Lloyd über Ungarn von Seite aller dortigen Parteien und namentlich auch von jenen Blättern angegriffen werden, welche als Organe der Regie-

rung gelten. — Aus Bosnien treffen Berichte ein, welche allzu grell lauten, um nicht der Bestätigung zu bedürfen. Nach ihnen — wie es aus Agram heißt — halte Omer Pascha alle Raja's zum Straßenbau von Serajewo nach Travnik an, und weder der Bischof und sein Klerus, noch die reichen Handelsherren, ja selbst nicht der Wladika wären davon dispensirt, vom frühen Morgen bis zum späten Abend Steine herbeizuschleppen! Ebenso würden mit unerhörter Grausamkeit Greise und Kinder dazu gezwungen. Man ist begierig, aus den nachfolgenden Berichten die Bestätigung oder Widerlegung dieser Berichte zu vernehmen.

Frankreich.

** **Paris**, 19. Juni. [Annahme des Gesetzes, betreffend die Lyoner Präfektur. — Barrot für totale Revision. — Stimmenverhältniß in der Revisions-Kommission.] Die heutige Sitzung der Legislative, obwohl ganz und gar der Diskussion des Gesetzentwurfs über die Centralisation der Lyoner Polizei-Präfektur gewidmet, ging verhältnißmäßig ruhig vorüber. Man hatte sich gestern erschöpft und das Gesetz ward mit 448 gegen 214 Stimmen angenommen.

Um so interessanter war die Kommissions-Sitzung. Herr Odilon Barrot scheint dadurch einen großen Eindruck hervorgebracht zu haben, daß er sich für die totale Revision erklärte, jedoch unter der bestimmten Voraussetzung, daß die republikanische Statsform aufrecht erhalten werde.

Dem Eindrucke nach zu schließen, den Herr Barrot hervorgebracht hat, wird er wahrscheinlich zum Berichterstatter ernannt werden, trotz seiner Erklärung für Aufrechthaltung der Republik; doch wird man zu einem solchen Resultat wohl erst nach vielfachen Abstimmungen gelangen. Das Stimmenverhältniß ist nämlich in der Kommission folgendes:

Sechs Mitglieder sind der Revision entschieden abgeneigt und werden daher dem Herrn Odilon Barrot ihre Stimmen nicht geben, trotz seiner Erklärung zu Gunsten der Republik, obwohl nur zwei Mitglieder darin ein Motiv mehr finden möchten, ihm ihre Stimmen zu entziehen; nämlich diejenigen, welche die Revision nicht wollen, weil es ihnen unmöglich scheint, daß sie wirklich zur Monarchie führt. Die beiden Mitglieder sind die Herren v. Mornay und Baze; die vier andern, welche die Revision nicht wollen, weil sie durch dieselbe die Republik gefährdet glauben und daher für Odilon Barrot nicht stimmen werden, sind die Herren Cavaignac, Jules Favre, Charras und Charamaule.

Wahrscheinlich werden diese Herren, wenn auch ungern, ihre Stimmen dem Herrn v. Tocqueville geben.

Fünf Mitglieder dagegen haben dem Herrn Barrot unbedingt beigestimmt und werden ihn ganz unzweifelhaft zum Berichterstatter wählen; dies sind die Herren Broglie, Dufour, Melun, Corcelles und Montalembert; auch Herr v. Tocqueville dürfte ihm die Stimme geben, so daß, vorausgesetzt, daß Herr Barrot für sich selbst stimmt, er sieben gegen 6 Stimmen vereinigen wird.

Da aber die Kommission aus 15 Mitglieder besteht, so sind acht Stimmen die Majorität. Die zwei Mitglieder nun, deren wir bisher noch nicht gedachten und welche den Ausschlag geben, sind ein Legitimist, Herr Berryer, und ein Fusionist, Herr Moulin, welche alle beide, gleich Odilon Barrot, die totale Revision verlangen, freilich zu dem diametral entgegengesetzten Zwecke. Sie wollen sie nicht zur Stärkung der Republik, sondern behufs der unmittelbaren Rückkehr zur Monarchie. Deshalb werden sie wahrscheinlich nicht für Herrn Barrot stimmen, welcher in seinem Bericht den Revisionsantrag im republikanischen Sinne motiviren würde.

Man wird hieraus abnehmen, daß die Wahl des Berichterstatters ihre großen Schwierigkeiten haben wird, und daß, wenn Odilon Barrot den Sieg davon trägt, dies nur dadurch erreicht werden kann, wenn Berryer und Moulin sich der Abstimmung enthalten.

Die Kommission tritt nächsten Sonnabend behufs der Wahl zusammen. Nach Maßgabe des Antrages, Kraft dessen sie eingesetzt ward, muß sie spätestens den 12. Juli ihren Bericht erstatten. Denn der qu. Antrag sagt wörtlich: daß der Bericht nach Ablauf eines Monats, vom Tage der Einsetzung der Kommission gerechnet, eingereicht werden muß.

Bezüglich des Vatimesnil'schen Berichts über die Gemeindeordnung erfahren wir, daß Herr V. sich dazu verstanden habe, die Anpreisung des Gesetzes vom 31. Mai, welche im Schooße der Kommission so viel Aufsehen erregt hat, wegzulassen.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

[Beitragspflicht der Gewerbtreibenden zur Erhaltung des Gewerberaths.] Die königl. Regierung zu Potsdam hat nunmehr den Berliner Gewerberath auf seine dem Chefpräsidenten durch eine Deputation vorgetragenen Anträge wegen Aufbringung der zur Fortexistenz des Gewerberathes erforderlichen Geldmittel dahin beschieden, daß die Vorschläge in Betreff der Beitragspflichtigkeit aller zum Stande der Gewerbtreibenden gehörigen Personen im Allgemeinen gutgeheißen und auch die bezüglich der Repartition auf die Beitragspflichtigen in Vorschlag gebrachten Modalitäten gebilligt würden.

Mannigfaltiges.

— (Wiesbaden, 18. Juni.) Diesen Morgen fand Uminski's Beerdigung statt. Einige Polen und polnische Damen nebst einer Anzahl hiesiger Bürger folgten seiner Bahre. Am Grabe sprach Graf Ledochowski folgende Worte: Uminski, tapferer Kämpfer für die polnische Unabhängigkeit, ruhe sanft in dieser zwar dir fremden, aber doch so brüderlich gastfreundlichen Erde! Mögest du hier diese Ruhe finden, deren dein so thatenreiches und vaterlandsloses Leben entbehrte. Im Namen deines zerstückelten Vaterlandes, im Namen deiner in allen Welttheilen zersprengten Landsleute und Waffengenossen, sage ich dir den letzten Gruß! Ruhe sanft! Und Ihnen, meine Herren, sage ich hiermit unsern Dank für den Antheil, den Sie an unserer Trauer nehmen. Das Andenken an die Gastfreundschaft, welche der Verstorbene in Ihrer Mitte genoß, wird ewig in unsern Herzen bleiben." Kein Auge blieb thränenleer. (Fr. J.)

— Der N.-Z. wird aus London, 17. Juni, geschrieben: Gestern wurde das Westende und namentlich die Gegend von Hydepark durch einen eigenthümlichen Unfall allarmirt. Das bekannte Graham'sche Ehepaar war von dem Hippodrome aus in dem viel erprobten Ballon aufgestiegen. Durch einen noch nicht aufgeklärten Zufall senkte sich der Ballon plötzlich, stieß an eine Flaggenstange und erhielt einen Riß, durch den Gas entwich, jedoch so allmälig, daß er nicht sofort zusammenfiel. In einer Höhe von 80 bis 100 Fuß über der Erde schwebend, wurde er von dem ziemlich heftigen Südwinde gerade auf den Glaspalast losgetrieben, ging über das Mittelschiff weg, dessen Fahnenstöcke er wie Schwefelhölzer zerknickte, und dann mitten in die Stadt hinein. Die ausgeworfenen Anker faßten an den Gesimsen mehrerer Häuser, aber nur mit der Wirkung, sie loszubrechen und die Maschine setzte ihren Verheerungszug über die Dächer fort, die morschen chimneypots dutzendweise herabwerfend, bis die Gondel endlich zwischen zwei Schornsteinen hängen blieb. Die unglücklichen Luftschiffer wurden durch den Stoß heraus, auf das nächste Dach geschleudert, wo die bei Unglücksfällen allgegenwärtigen Polizeimänner sie besinnungslos und mit Contusionen bedeckt fanden. Sie wurden durch ärztliche Hülfe wieder ins Leben gebracht; an der Wiederherstellung der Frau wird nicht gezweifelt; Mr. Graham dagegen hat ein Paar gefährliche Knochenbrüche erlitten. Der angerichtete Schaden wird auf 1000 bis 1500 Pfund St. geschätzt. Hätte Graham nicht, als der Ballon auf den Krystallpalast zutrieb, den Ballast ausgeworfen, so hätten die Anker jedenfalls das Dach des Gebäudes gefaßt und unsäglichen Schaden angerichtet.

[2122] **Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.**
Rentiere Joster und Ingham aus England. Geh.-Ob.-Bergrath Jacob und Lederfabrikant Moser aus Berlin. Rentiere Peon und Gahona aus London. Dr. Waywod aus Tilsit. Pr.-Lieut. Freiherr v. Dongern aus Neisse. Herr Leffers aus Petersburg. Kaufm. Weiner aus Glogou. Kaufm. Müller aus Zittau. Regier.-Rath Reichenau aus Liegnitz. Landrath v. Prittwitz-Gaffron aus Cunersdorf. Herr v. Carlsburg aus Kloster-Mühle. Herr Zschock aus Königsberg. Frau v. Woyda aus Warschau. Herr v. Kisiowsky aus Stargard. Graf Erwin-Nostitz aus Prag. Rittmstr. Kehrn aus Töplitz. Dr. Hoppe aus Berlin.

Markt-Preise.

Breslau am 23. Juni 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	66	64	60	57	Sgr.
Gelber dito	64	65	60	57	„
Roggen . . .	44	42	41	40	„
Gerste . . .	36	34	33	32	„
Hafer	34	32	31	30	„
Spiritus . . .	7¾ Rtl. bez.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 21. Juni. Die Börse war sehr geschäftslos, doch zahlte man Anfangs für einzelne Effekten eher etwas bessere Preise.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 105¾, ⅞, ¾ bez. und Gld., Priorität 5% 105¼ Gld. Krakau-Oberschlesische 4% 79½ bez. und Br., Priorität 4% 86 bez. und Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 37⅝ Br., ½ Gld., Priorität 5% 98 Gld. Niederschlesisch-Märkische 3½% 89¼ Br., 89 Gld., Priorität 4% 96½ bez. und Gld., Priorität 5% 102½ bez., Serie III. 5% 104 bez. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 27¾ etwa bez. Oberschlesische Litt. A. 3½% 130 à 29¾ bez. und Br., Litt. B. 3½% 119½ Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106 bez. und Br. Staats-Anleihe von 1850 4½% 102⅞ bez. und Gld. Staats-Schuld-Scheine 3½% 87¼ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Posener Pfandbriefe 4% 102 Gld., 3½% 91½ bez. Preußische Bank-Antheile 96¼ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94¾ Gld., neue 4% 94¼ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 83⅝ bez., à 300 Fl. 143 Br.

Wien, 21. Juni. Fonds fast unverändert, nur lomb. Anlehen höher begehrt; Nordbahn-Aktien wurden bis 136 bezahlt, gingen jedoch auf einige Realisirungen zur Notiz zurück. Gloggnitzer und Oedenburger E.-B.-Aktien und Fürst Windischgrätzsche Loose wurden besser gemacht. Von Wechseln waren Hamburg und London höher begehrt. Comptanten unverändert.

5% Metalliques 95⅝, 4½% 83⅝; Nordbahn 135; Coupons ¾; Hamburg 2 Monat 186½; London 3 Monat 12. 22.; Silber 126⅞.

Verleger: H. Barth in Breslau. Redakteur: J. Nimbs in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.